

tarifs nur durch Vertretungen der Regierungen und Bevölkerungen gemeinsam festgestellt werden dürfen." Eine dritte Petition beantragt im Hinblick auf den mangelnden Realcredit, eine Aenderung der Hypotheken- und Einhaftungs-Gesetzgebung.

Oesterreich. Wien, 18. Dez. [Ueber die Verwarnung der „Presse“], die auch von der „Destr. Stg.“ energisch getadelt wird, sagt die „Nid. Post“: „Es ist genau ein Jahr her, daß Herr v. Schmerling das Staatsministerium übernahm; er erkannte bei seinem Eintritte die Unzulässigkeit des bis dahin herrschenden Presseregime's, wenn auch nicht durch einen offiziellen Akt, doch persönlich und in vielfachen Aeußerungen laut an. Das System der Verwarnungen, einer der absurdesten und willkürlichen Auswüchse des Polizeistaates, wurde faktisch außer Wirksamkeit gesetzt, und seit einem Jahre gewöhnte sich die gesammte österreichische Tagespresse daran, die Verwarnungen als etwas Abgethanes, Ueberwundenes zu betrachten. Und nun wird in dem Moment, wo das Abgeordnetenhaus durch eine beinahe an Einstimmigkeit grenzende Majorität ein neues Pressgesetz votirt, womit über die gegenwärtig bestehende Pressordnung der Stab gebrochen wird, plötzlich das Gespenst einer der traurigsten Bestimmungen dieser Pressordnung heraufbeschworen, gewissermaßen um zu zeigen, daß die alte „Ordnung“ noch lebt und jeden Augenblick ihre Herrschaft wieder ergreifen kann. Wir wollen nicht die Motivirung analysiren, mit welcher die Verwarnung der „Presse“ ausgerüstet ist. Wir schildern bloß als Berichterstatter über den Reichsrath die Verblüfftheit, mit welcher die liberalen Abgeordneten, die auf der linken Seite des Hauses sitzen und in den großen konstituierenden Reichsrath das Ministerium stützen, einander ansehen, den Hohn, mit welchem die Mitglieder der Rechten an ihnen vorüber gingen. In eine peinlichere Stimmung konnte das Staatsministerium die deutsche Majorität des Hauses nicht versetzen, als indem man am Vorabend der Budgetvorlage, an dem Tage, an welchem die energischsten Hebel in Bewegung gesetzt werden müssen, um die Regierung in geeinigter Phalanx für den wichtigsten Schritt, den sie bisher im Reichsrathe gethan, zu unterstützen, eine jener verrosteten Waffen aus dem alten absolutistischen Rüstzeug hervorholte, mit welcher man unter dem Regime Bach-Goluchowski regierte.“ Die „Destr. Stg.“ hebt besonders hervor, daß die „Presse“ zwar einzelne Mitglieder des Oberhauses getadelt, aber nicht die Würde desselben als Ganzes verletzt habe, während dagegen ein großer Theil der Blätter deutsch und namentlich nichtdeutsche Zunge (wir erinnern nur an den „Volksfreund“, welcher die Reichsräthe mit einer Bande von Hunden, Röttern und Pudeln verglich) über das Abgeordnetenhaus ungestraft in maßloser Weise hergefallen sei.

[Tagesnotizen.] Die Abreise des Kaisers nach Venedig wird dem Vernehmen nach nächsten Montag, den 23. d., erfolgen. Se. Majestät wird nach den Weihnachtsfeiertagen die neuen Fortifikationen in Verona, Mantua und Peschiera besichtigen. — Der gewesene Obernotar von Pesth, Kiralyi, gegen den wegen der Proteste, welche derselbe in Anregung gebracht und rebigirt hatte, der Hochverrathsprözeß eingeleitet war, hatte sich mittelst eines Majestätsgeheißes an den Kaiser gewendet. In Folge dessen ist Kiralyi, dessen Besuch von der ungarischen Hofkanzlei lebhaft befürwortet wurde, vorgestern, wie schon gemeldet, vom Kaiser vollständig amnestirt worden. — Der Banus von Kroatien, Freiherr v. Sosek-vits, ist Sonntag früh hier eingetroffen und hat eine Stunde nach seiner Ankunft beim Kaiser eine längere Audienz gehabt. Derselbe wurde telegraphisch nach Wien berufen. — Die Wiener Journalistik hatte dem Prof. Herbst, Berichterstatter des Pressgesetzes, zum Zeichen ihrer Anerkennung ein glänzender Bankett zu geben beabsichtigt, zu welchem bereits alle Einleitungen getroffen waren. Der unerwartete Zwischenfall jedoch, sagt die „Nid. Post“, daß wieder das Verwarnungssystem aufgetaucht ist, hat eine solche Verstimmung hervorgerufen, daß man von dem Gedanken, sich zu einem Feste zu vereinen, abgesehen ist. Der Verwaltungsrath des Journalistenvereins „Concordia“ hat daher beschlossen, dem Prof. Herbst das Diplom eines Ehrenmitgliedes des Vereins durch eine Deputation zu überreichen. — Der Generaldirektor der Südbahn,

an phosphoräurem Kalk, den davon im Wasser löslichen Theil und endlich auch den Stickstoffgehalt.

Uebrigend zur Verwendung des Phosphats wurde empfohlen, dasselbe vorzugsweise bei Rüben, Kaps und dergleichen Pflanzen, anzuwenden, nächst dem auch für Erbsen, Bohnen, Weizen, für Klee, wenn derselbe als Vorfrucht angebaut wird, und andere Futterpflanzen. Dagegen sollen für Palmfrüchte stickstoffreicher Düngemittel oder Mischung von diesen und Superphosphat geeigneter sein. Hinsichtlich der Bodenart wurde angegeben, daß sich das Superphosphat besonders in leichtem, trockenem Boden wirksam zeige, doch auch in Thonboden, wenn derselbe nur nicht an stauender Kasse leide. Die Aufbringung soll breitwürzig geschehen, nachdem das Superphosphat vorher mit Erde gemischt worden ist; auch soll man es nicht zu tief unterbringen. Die anzuwendende Menge ist 1½ bis 2 Zentner pro Morgen als ganze Düngung oder 150 Zentner Stallmist und ¼ bis 1 Zentner Superphosphat. Die Wirksamkeit des Phosphats soll ungefähr doppelt so groß sein, wie die einer gleichen Menge Knochenmehl. Zum Schluß empfiehlt der Vortragende noch Versuche mit gesäutem Knochenmehl anzustellen, oder in ähnlicher Weise zu verfahren, wie die Landwirthe in Braunschweig, die in ihrem Hofe ein zur Hälfte mit verdünnter Säure angefülltes Faß aufgestellt haben, in welches alle in der Hauswirtschaft abfallenden Knochen geworfen werden. Wenn die Säure keine Knochen mehr zu lösen vermag, so wird der Inhalt des Faßes über den Düngehaufen oder in die Zangengrube entleert und hat dann noch den Nutzen, das etwa hierin vorhandene flüchtige Ammoniak zu binden und vor Verflüchtigung zu schützen.

Literarische Notizen. * Die Verlagsbuchhandlung von Otto Fank in Berlin hat im Laufe dieses Jahres 42 deutsche Originalromane und sonstige bedeutende belletristische Werke in 123 einzelnen Bänden verlegt, unter welchen die geistreichen Produktionen von Geor. Hefstiel, Raimund Lenz, Otto Müller, E. Mühlbach, Th. Mundt, Friedr. Spielhagen, Willibald Alexis sich besonders hervorheben. Von Hefstiel allein sind in neuen eleganten, theilweis wohlfeilen Ausgaben 8 Werke in 20 Bänden erschienen, darunter „Krummholtz“, „Graf d'Arlehan“, „Enträgen“, „Ein nachgeborener Prinz“, „Die Stadtkünster“, „Die Zünftigen“ und ein neuer großer Roman: „Aus drei Kaiserzeiten.“ — E. Mühlbach's neuestes Werk ist die Fortsetzung des „Erzherzog Johann und seine Zeit“, theilt: „Erzherzog Johann und der Herzog von Reichardt.“ — Einen glänzenden Erfolg hatte Friedrich Spielhagen, dessen „Problematische Naturen“ vier Bände stark, demnächst schon in zweiter Auflage erscheinen werden und allgemein beliebt und begehrt worden sind. Nüchtern anzuerkennen ist es von der Verlagsbuchhandlung, daß sie Deutschen Originalwerken die Bahn zu brechen sucht und Fremdes in Uebersetzungen ausschließt. * Der Name Buraw erfreut sich in der deutschen Lesewelt seit lange eines guten Klanges und ihre ebenso poetisch als sittlich gehaltenen Schriften sind eine Lieblings-Lecture geworden. Das neueste Werk der Frau Buraw, „An der polnischen Grenze“, ein Lebensbild (bei Zarnowski & Dittmar in Wien erschienen) redigirt ihr schönes Erzählertalent aufs Neue. Dasselbe schildert unter Zugrundelegung einer wirklichen Begebenheit jene Konflikte, welche hervorgerufen durch einen leidenschaftlichen Nationalitätsstreit, oft die edelsten und zartesten Bande der Familie zu lockern vermögen.

Gustav de Capexyriore, ein Mann von einig dreißig Jahren, ist vorgestern Morgens nach kurzem Krankenlager gestorben; derselbe war vordem Direktor der von Paris nach Ostende führenden französischen Ostbahn. — Wie der „Presse“ telegraphirt wird, hat der Bürgermeister von Pesth bei der Statthalterei um Siffrung der Einhebung der Steuer für 1862 durch Militärexekution nachgesucht und erklärt, der Magistrat werde die Einbringung im gewöhnlichen Wege besorgen. Nach einer Anfrage in Wien wurde dieses Ansuchen bewilligt. — Die polnische Druckschrift „Piesni narodowe“, Brüssel 1862, ist vom k. l. Polizeiministerium für den Debit in den österreichischen Kaiserstaaten verboten worden. — Der Bürgermeister von Wien ladet Ingenieure und Gesellschaften ein, sich zu melden, in so fern sie bereit sind, die Ausführung einer Wasserleitung zu übernehmen, wodurch die Stadt vom Gebirge aus mit frischem Wasser versehen werden soll.

— [Das Religionsedikt.] Das von einem Ausschuss des Abgeordnetenhauses ausgearbeitete Religionsedikt enthält der halbamtlichen „Don.-Stg.“ zufolge Bestimmungen, welche in der That das Gefühl gläubender Katholiken zu beleidigen geeignet wären und deren Annahme durch das Abgeordnetenhaus sie nicht voraussetzen kann. Zu diesem werden erzählt: Der Passus im Edikt, der neben dem Ausdruck der Gewährleistung voller Glaubens- und Gewissensfreiheit die Bestimmung enthält, Niemand könne gezwungen werden, seine religiöse Ueberzeugung zu offenbaren, ferner die Freizeugung der häuslichen Ausübung des Gottesdienstes an Jedermann; die Bestimmung, kraft welcher die Volksschulen des konfessionellen Charakters entkleidet würden; die Einführung der Zivilehe. Die „Don.-Stg.“ könnte diese Aufzählung bedenklicher Punkte noch fortsetzen, allein sie begnügt sich „vorläufig“ mit obigen Zitaten.

Verona, 14. Dez. [Attentat.] Man schreibt dem „Vaterland“ von hier: Gestern, am St. Lucienfeste, feierten die Veroneser ihren Kinderbescherungstag. Die Menge wogte in der heitersten Stimmung und unter dem üblichen Freudengeschrei die auf der Piazza Bra aufgestellten Buden entlang hin und her, als sie plötzlich durch das Knallen einiger an verschiedenen Orten niedergelegter stark geladener Petarden aufgeschreckt wurde. Eine von diesen wurde noch vor ihrer Explosion von einem Soldaten vom Boden aufgehoben. Die zwei eben vorbeiziehenden hiesigen Polizei-Overkommissare Rossi und Guardia hielten dieselbe für eine bereits explodirte und nahmen sie gleichfalls in die Hände. In diesem Augenblick aber explodirte sie, zerstückte dem Letzteren einen Theil des Gesichts und verursachte Herrn Rossi, dessen Leben vor drei Jahren in Pavia Gegenstand eines Attentates gewesen ist, nicht gefährliche, aber äußerst schmerzliche Brandwunden an beiden Händen. Von den Thätern hat man keine Spur.

Ragusa, 16. Dez. [Vom Kriegsschauplatz.] Einer Korrespondenz aus Trebinje zufolge ist dort eine förmliche Stockung in der Kriegführung eingetreten. Die Truppen von Piva wurden nach Gaglio, Lubinje, Stolaz und Mostar vertheilt. Mahmut Pascha und Zarin Bey sind nach Mostar abgereist. Die irregulären Truppen aufgelöst.

Anhalt. Köthen, 18. Dez. [Adresse.] In Antwort auf das Reskript des Herzogs, worin dieser wegen der beim Bundesversammlung beschwerde und der kürzlich hier stattgefundenen Landtagswahl sein Mißfallen zu erkennen giebt, haben die Stadtverordneten, nach der „Magdeb. Stg.“, folgende Eingabe an Se. Hoheit gerichtet:

Durchlauchtigster Herzog, Gnädigster Herzog und Herr! Auch aus den Worten berben Vorwurfs und bitteren Tadel, welche Ew. Hoheit Zufahrt vom 6. d. M. für uns enthält, erkennen wir Höchsthochlandesväterliche Gesinnung, erkennen wir den gütigen, sorgenden Landesherren, auf welchen wir unsere Blinde mit Ehrfurcht und Liebe gerichtet haben. Wie uns aber die Zufahrt Ew. Hoheit auf der einen Seite mit tiefem und gerechtem Schmerz über das darin fund gegebene allerhöchste Mißfallen erfüllt, auf der andern Seite das offene väterliche Aussprechen desselben freudiges Vertrauen zu Ew. Hoheit gerechtem Sinne in uns erwecken muß, so fühlen wir uns gedrungen, vor Ew. Hoheit uns zu rechtfertigen und mit Freimuth und Offenheit unsere Gesinnungen darzulegen. Wir haben in den Petitionen an den hohen Landtag, an Ew. Hoheit selbst, an den hohen Bundesrat die Ueberzeugung ausgesprochen, daß die Landesverfassung von 1859 zu Recht nicht besteht, daß die frühere zwischen Fürst und Volk vereinbarte Verfassung einseitig nicht aufgehoben werden konnte, daher noch immer die rechtliche Grundlage unserer politischen Verhältnisse bildet. Diese Ueberzeugung steht nach wie vor fest in uns. Ihr einen widerholten Ausdruck zu geben, haben wir bei der neulichen Wahl eines Landtagsabgeordneten den Rechtsanwalt Begius gewählt, weil er vor anderen geeignet erscheint, unsere Ansicht zu vertreten und für sie nach Pflicht und Gewissen zu wirken. Bei alle dem haben wir als loyale Unterthanen Ew. Hoheit gehandelt, wir haben sicher den Boden des Gehorsams nicht verlassen und Ew. Hoheit wollen glauben, daß wir denselben niemals verlassen werden! Ew. Hoheit verneinen, daß das, was wir als unsere innigste Ueberzeugung bezeichnen, durch Einflüsterungen Unbeliebter in uns angefaßt sei, daß unser Handeln für jene Ueberzeugung darin seine Quelle finde? Und glauben denn Ew. Hoheit in der That, daß wir, und mit uns die große Mehrzahl der Vertreter von vier anderen Städten, daß mit uns, wie ein Blick auf die Unterschriften der Petitionen an Ew. Hoheit und an den Landtag zeigt, die geachteten selbständigen Einwohner dieser Stadt und Umgegend, daß mit uns, wie wir in näherer Kenntnis des Urtheils aller Stichten der Gesellschaft pflichtmäßig versichern können, die große, große Mehrheit der Bevölkerung den Einflüsterungen Unbeliebter nicht allein augenblicklich Gehör gegeben haben, sondern Jahre lang an dem Eingeklinkerten fest halten und es zur Richtschnur ihres Handelns machen? Wir sind die Männer, welche die Bürger dieser Stadt mit ihrer Vertretung betraut haben; wir sind durchdrungen von dem Bewußtsein, daß unsere Thätigkeit als Stadtverordnete in dem von uns geleiteten Bürgerdeie wurzelt! Und Ew. Hoheit wollen glauben, daß wir eiddrücklich oder pflichtvergeßend das Vertrauen unserer Mitbürger mißbrauchen und gegen unsere Ueberzeugung oder überhaupt überzeugunglos und zu Werkzeugen einzelner Nebelwollen der oder Verblendeter machen lassen? Ew. Hoheit gerufen ferner freilich in unserm auf Ueberzeugung gegründeten Streben nichts zu erblicken als die Absicht, eitle Theorien durchzuführen, welche zu niemandes moralischer und materieller Besserung dienen können. Als in den Jahren 1849 und 1850 aus unserer Stadt und unserm Landesheile diejenigen Vertreter hervorgegangen waren, welche im Zusammenwirken mit Ew. Hoheit Regierung aufrichtig bestritten waren, die Gefahr einer vorangehenden sturmbelegten Zeit zu bewältigen und Ew. Hoheit Herrschergehalt zu fröhnen, damals wurde unserer Stadt, als deren Vertreter wir jetzt Höchsthoch Mißfallen auf uns gezogen haben, eine andere Beurtheilung zu Theil. Wir rufen Ew. Hoheit diese Zeit und die damalige Wirksamkeit der hiesigen Bürgerchaft ins Gedächtniß und hoffen Ew. Hoheit landesväterlicher Gerechtigkeit und Güte, daß die Bestrebungen unserer, als der Vertreter Köthens, welche jetzt wie damals aufrichtig und selbstlos allein des Landes und seines vielgeliebten Herzogs und Herrn Wohl bedachten, nicht als die Ausflüsse unreifer Ideenverbindungen und unüberlegter Wünsche und Pläne angesehen werden mögen. Denn unser Streben, unsern Handel hat ein einziges, würdiges Ziel. Wir handeln für die Verwirklichung einer rechtsbeständigen Verfassung in unserm Vaterlande, was, nachdem früher eine Vereinbarung zwischen Fürst und Volk stattgefunden, nach einseitiger Aufhebung dieser eine einseitig verlebene nie sein kann. Wir streben nach einer solchen, indem wir in der Mitwirkung des gegenwärtig faktisch bestehenden Landtags zu diesem großen Ziele die sichere Bürgschaft für die Beseitigung jedes Zweifels, für das Ende alles Haders, jeder Parteilichkeit finden. Wir streben nach einer konstitutionellen Staatsverfassung, durch welche allein wir die auf vielen Gebieten unabwendlichen Reformen der Gesetzgebung zu erlangen hoffen, von denen die Erhaltung und die Erhöhung des materiellen

Wohls unseres Landheims abhängt; nach einer solchen staatlichen Einrichtung, wie seit längerer oder kürzerer Zeit in nahezu allen kleinen und großen Staaten Deutschlands besteht. Wir dürfen diese letzte Behauptung um so fester belonen, als wir es ausdrücklich ausgesprochen haben, daß bei einer Anküpfung an die vereinbarte Verfassung Veränderungen im Sinne Ew. Hoheit auf dem rechtmäßigen Wege nur unseren Erwartungen entsprechen würden. Was dagegen ist die Landesverfassung? Die ständische Gliederung derselben entspricht weder im Allgemeinen den Bevölkerungsverhältnissen Deutschlands, am wenigsten denen unsers Anhalts. Die ständische Bevölkerung unsers Landes, in welcher, bei etwa gleicher Seelenzahl zur ländlichen, sich Intelligenz und Interesse an öffentlichen Angelegenheiten vorzugsweise findet, ist nur zur Hälfte so stark als die ländliche vertreten. Die Zusammenlegung der Landschaft enthält überdies noch eine übermäßige Bevorzugung des großen Grundbesitzes, namentlich der wenigen Rittergutsbesitzer, deren Interessen mit denen der größeren bäuerlichen Grundbesitzer, welche in acht Dörfschulen ihre Vertretung finden, in sehr vielen wesentlichen Beziehungen übereinstimmen und denen der gesammten übrigen Bevölkerung entgegenlaufen. Eine nur halbwegs unabhängige Vertretung findet sich unter 24 Abgeordneten nur in fünf gewählten städtischen Abgeordneten! Die Landschaft berechtigt weder nach dieser ihrer Zusammenlegung, noch nach dem Maße der ihr gewährten Rechte, abgesehen von der Staatsfiskalverwaltung, noch nach den Erfahrungen zu irgend welchen Erwartungen einer fruchtbareren Thätigkeit für die nothwendigen Reformen der Gesetzgebung. Sie ist endlich eine Staatseinrichtung, wie sie in Deutschland in ähnlicher Weise nur noch in Mecklenburg vorhanden, in allen anderen Ländern aber seit Jahrhunderten, in wenigen jeit Jahrzehnten verlassen ist. Wenn wir demnach eillen Theorien huldigen, so huldigt denselben ganz Deutschland, so huldigen ihnen namentlich auch fast alle deutschen Regierungen und Fürsten, unter ihnen die von Oesterreich und Preußen. Weil wir nun, mit Ew. Hoheit, in dem innigen Einvernehmen des Landes mit Ew. Hoheit das Glück unsers theuren Vaterlandes, weil wir darin eine Bürgschaft für dessen dauernde Selbständigkeit erblicken, gerade deshalb konnten und durften wir nicht anders handeln. Ew. Hoheit sprechen in Höchsthoch gütigen und milden Weise die Hoffnung aus: „es werde uns an Höchsthoch Meinung noch etwas gelegen sein. Wir sagen Ew. Hoheit innigen Dank für diesen Beweis der Güte und Gnade, aber wir glauben unersetzlich uns des Vertrauens Ew. Hoheit nicht besser würdig zu zeigen, wie wenn wir als treue Unterthanen und redliche Männer unsere wahre Ueberzeugung dem erlauchtem Herrn vertrauensvoll ans Herz legen. Mögen Ew. Hoheit Höchsthoch Mißtrauen gegen die Ansichten und Wünsche der großen Mehrheit Höchsthoch Volkes, Höchsthoch Mißfallen gegen uns und unser Handeln schwinden lassen, mögen Ew. Hoheit in diesem letzteren nur das erblicken, was wir allein damit beabsichtigt haben, den Ausdruck unsers Wunsches, für das Wohl des Fürstenthums und des Landes zu wirken, wo und wie das Gesetz es gestattet. Wir ersterben in tiefer Ehrfurcht Ew. Hoheit unterthänigste (folgen die Unterschriften). Köthen, den 5. Dezember 1861.“

Hessen. Kassel, 18. Dez. [Wahlen.] In Fulda ist der bisherige verfassungstreue Abgeordnete Rüßman wieder gewählt worden. Vor Eröffnung der gestern hier stattgefundenen Wahl eines Abgeordneten für den Kasseler Landwahlbezirk eröffnete der Wahlkommissar, Polizeidirektor Bernstein, der Versammlung, daß nach einem Beschlusse des Ministeriums des Innern der frühere Abgeordnete Bürgermeister Bernhard wegen der über denselben verhängten Amtsentziehung weder zur activen noch passiven Wahl berechtigt sei. Die Wahlkommission entschied sich jedoch für Zulassung Bernhards, der seines Wahlrechts erst dann verlustig gehen könne, wenn die gegen ihn anhängige Disziplinaruntersuchung wirkliche Amtsentziehung zur Folge habe. Hiernach wurde zur Wahl geschritten. Gewählt wurde Bürgermeister Bernhard mit 38 Stimmen; 6 Stimmen fielen auf Dekonom Weinbauer, bekanntlich auch ein Anhänger der Verfassung von 1831. (H. M. Z.)

Sächsl. Herzogth. Meiningen, 18. Dez. [Erwiderrung an den Herzog von Koburg-Gotha.] Die „N.P.Z.“ theilt die Antwort mit, welche der Herzog von Meiningen auf das Schreiben des Herzogs von Koburg-Gotha über die Militärkonvention ertheilt hat. Dasselbe lautet:

Durchlauchtigster Fürst, Hochgeehrter Herr Vetter! Ew. Hoheit und Lieben haben in Ihrem gefälligen Antwortschreiben vom 4. d. M. auf meine, die Militärkonvention vom 1. Juni d. J. betreffende Verwahrung geäußert, daß Hochsich dieser meiner Verwahrung einen rechtlichen Werth nicht beizulegen, noch eine Folge zu geben vermögen. Ich erlaube mir darauf aufmerksam zu machen, daß der rechtliche Werth und die Tragweite meiner Verwahrung unabhängig von der Bedeutung, welche Ew. Hoheit und Lieben derselben beilegen, besteht. Die Entscheidung darüber wird dem Richter anheimfallen, dessen Urtheil seiner Zeit diese Frage unterliegt. Darum kann ich es auch dahingestellt sein lassen, welche Folge Hochsich meiner Verwahrung für jetzt zu geben geneigt sind; zur Wahrnehmung der Rechte meines Hauses genügt es, sie eingelegt zu haben. Ich verpasse dabei und sehe damit die Sache selbst für jetzt als erledigt an. Der weitere Inhalt Hochsichres Schreibens jedoch veranlaßt mich noch zu folgenden Bemerkungen: Ew. Hoheit und Lieben haben darauf hingewiesen, daß wir uns vor 12 Jahren durch einen förmlichen Staatsvertrag verpflichtet, auf Beschränkungen unserer Hoheitsrechte im Interesse der Wohlthat Deutschlands einzugehen. Damals handelte ich in Uebereinstimmung mit den anderen Fürsten der Häuser im Herzogthum Sachsen-Ernestinischen Gesamtthume. Was wir von Rechten damals aufzugeben bereit waren, das wollten wir an eine Zentralgewalt abtreten, in welcher die einzelnen deutschen Fürsten und Staaten eine zeitgemäße Vertretung fanden, und man glaubte, daß dadurch, wenn auch noch ein Theil der deutschen Fürsten dissentirte, wenigstens eine Grundlage für die Neugestaltung Deutschlands gewonnen werden könnte. Alle diese Bedingungen fehlen bei der Militärkonvention vom 1. Juni d. J. Abgeschlossen ohne Rücksicht auf die zunächst theilhabenden Agnaten, ist sie ein Schritt, der der Natur der Sache nach Seitens des größeren Theils der deutschen Staaten keine Nachfolge finden kann und der zur Bildung einer Zentralgewalt nicht führt. Darum kann ich mich nicht überzeugen, daß damit ein Fortschritt gemacht sei. Ich halte im Gegentheil dafür, daß die Lösung der deutschen Frage durch Separatverträge, in denen kleinere Staaten sich bestimmter Hoheitsrechte zu Gunsten größerer entäußern, nur verwirrt und erschwert, nicht geklärt und gefördert wird. Meine Verwahrung vom 23. v. M. steht demnach nicht im Widerspruch mit meiner früheren Handlungsweise; wohl aber liefert letztere einen, wie ich erwarten durfte, nicht nöthigen Kommentar dazu, in welchem Sinne ich in meiner Verwahrung gesagt habe, daß ich nicht gesonnen sei, mich Opfern zu entziehen, welche gemeinsam der gemeinsamen Sache gebracht werden müssen.

In der Konvention vom 1. Juni d. J. sind nun auf die Krone Preußen Militärhoheitsrechte übertragen, welche nicht erst, wie Hochsich anzudeuten scheinen, durch die Auflösung des deutschen Reiches erwachsen sind, sondern unweigerlich schon zur Zeit des deutschen Reiches den Fürsten als Ausfluß ihrer Landeshoheit zustanden. Diese landeshoheitlichen Rechte, ihrer historischen Entstehung nach ein Zubehör des Besitzthums der Fürsten, bilden somit auch einen Bestandtheil des Fideicommisses des Sachsen-Gothaischen Gesamtthums und die Agnaten Ew. Hoheit und Lieben haben nach meiner Ansicht zu beanspruchen, daß ihnen im Falle eintretender Erbfolge nicht bloß das Land ungeschmälert in seinen Grenzen jaunt dem Domänenvermögen, sondern auch die Rechte der Landeshoheit unverfälscht verbleiben. Wie die Uebertragung der Summe aller Hoheitsrechte, so unterliegt auch eine theilweise Uebertragung derselben dem Widerspruch der Agnaten. Danach und weil die Konvention nicht auf Ew. Hoheit und Lieben Regierungszeit, sondern auf 10 Jahre mit der Stipulation stillschweigender Verlängerung abgeschlossen ist, erwächst mir das Recht der Verwahrung, wobei ich auch von der Frage vorerst absehen zu können glaube, ob sämtliche in dem gezeigten Schreiben vom 4. d. genannte Personen nach den Sachsen-Ernestinischen Hausgesetzen zur Succession in das Herzogthum Sachsen-Koburg-Gotha berufen sind. Im Uebrigen darf ich die Versicherung aussprechen, daß meine Verwahrung vom 23. v. M. lediglich der Absicht entpringen ist, den agnatischen Anspruch meines Hauses gegen eine Veräußerung hoheitlicher Rechte sicher zu stellen, durch welche weder für die Wohlthat, noch insbesondere für die erhobte Mehrzahl des gemeinsamen Vaterlandes etwas gewonnen wird. Die weitere Entwicklung der deutschen Angelegenheit wird das Urtheil fällen, ob Ew. Hoheit und Lieben oder ich hierin das Richtige erkannt haben. Aus der an den Staatsminister v. Seebach gerichteten Mittheilung des königlich-sächsischen Gesandten vom 4. d. werden Ew. Hoheit und Lieben auch entnehmen haben, daß Se. Maj. der König von Sachsen der von mir fundgegebenen Rechtsverwahrung für die in meinem ergebensten Schreiben vom 23. v. M. vorgelegenen Eventualitäten sich ange-

schlossen haben. Genehmigen Ew. Hoheit und Sieben den erneuerten Ausdruck meiner ausgezeichnetsten Hochachtung, mit welcher ich verharre Ew. Hoheit und Sieben dienwilliger treuer Vetter (gez.) Bernhard Erich Freund, Herzog zu Sachsen. (gezeugt) v. Krosigk. Meinungen zur Elisabethenburg, den 15. Dezember 1861.

Großbritannien und Irland.

London, 17. Dez. [Der Tod des Prinzen Albert; Palmerston; Lord Riversdale.] Aus Schloß Windsor meldet das „Court Circular“ vom gestrigen Tage: Die Königin hat in der vorigen Nacht einige Zeit lang ruhig geschlafen und ist fortwährend so gefast, wie es sich bei dem herben Verluste, der sie betroffen hat, erwarten läßt. Die „Times“ hebt hervor, welche hohen Beruf gerade in dem gegenwärtigen Augenblicke der Prinz von Wales habe. Es sei seine Aufgabe, der Königin, seiner Mutter, in ähnlicher Weise zur Seite zu stehen, wie das bisher der Prinz-Gemahl gethan habe. Wir wissen nicht, schreibt sie, in wie hohem Grade die Geschichte nicht nur des britischen Reiches, sondern des ganzen Menschengeschlechtes von dem jugendlichen Prinzen abhängen, von dem wir so viel gesehen haben und doch so wenig zu wissen scheinen. Gleich uns gewöhnlichen Sterblichen hat er Stellung und Ehre und Macht zu gewinnen: Er kann ein wahrer König oder ein Schatten des Königthums werden, und nach allen Gesetzen der menschlichen Natur und dem Zeugnisse der Erfahrung ist die Entscheidung in dieser Stunde zu treffen. Die „Morning Post“, „Daily News“, der „Herald“, das „Chronicle“, der „Telegraph“ und der „Star“ begegnen sich alle in denselben melancholischen Betrachtungen über den Todesfall, und auch der „Advertiser“ weilt jetzt von dem Prinzen nichts als Gutes zu sagen. Bezeichnend ist für den „Star“, daß er an dem Verbliebenen sein nicht-militärisches Wesen besonders hervorhebt; er betrauert in ihm den Genius einer sanften Gesittung, der Engländer leider nur 20 Jahre geschenkt habe, und mit dessen Scheiden auch der Engel des Friedens sich von diesem Lande abzuwenden drohe. — Lord Palmerston hat die letzten Tage über stark von der Gicht zu leiden gehabt, befindet sich aber wieder wohler (s. unten). — In Irland ist Lord Riversdale, Bischof von Killaloe, in seinem 77. Lebensjahre gestorben.

London, 18. Dezbr. [Telegr.] Die Königin ist fortwährend ruhig und gefast. Das am nächsten Montag stattfindende Begräbniß des Prinzen Albert wird, dem Wunsche des Verstorbenen gemäß, kein öffentliches sein. — Der Prinz Ludwig von Hessen ist hier angekommen. — Die Hierherkunft des Königs von Hannover ist verschoben. — Der Brüsseler Gesandtschaftssekretär dementirt seine angebliche politische Sendung hierher. — Den Postdampfern, welche die Verbindung mit dem Kap unterhalten, ist von Seiten der Regierung der Befehl zugewandt, sich sofort zu armen. — Ein falsches Gerücht von dem Tode Palmerstons, das allgemein verbreitet war, hatte große Bestürzung verursacht. Lord Palmerston, der an der Gicht gelitten hatte, befindet sich jetzt besser.

Frankreich.

Paris, 17. Dezember. [Der englisch-amerikanische Zwist; das Ministerium.] In den amerikanischen Fragen trennen sich die verschiedenartigsten Gerüchte, welche indessen seit gestern einer allgemeinen Besorgnis, der Krieg zwischen England und den Vereinigten Staaten sei unvermeidlich, Platz gemacht haben. Das Ensemble der Nachrichten, welche uns gestern bis zum Datum des 4. Dez. aus Washington zugegangen sind, rechtfertigt allerdings diese Besorgnis, allein die Nachrichten, einzeln genommen, scheinen viel mehr die nöthigen Vorsichtsmaßregeln zu betreffen, als jeder noch möglichen Unterhandlung sofort den Weg zu versperren. Was in Paris einen namentlich bedenklichen Eindruck gemacht, ist das einstimmige Dankvotum des Kongresses für die That des Kapitäns Wilkes. Dieses Votum läßt indessen nicht befürchten, daß der Kongreß mit gleicher Einstimmigkeit die Folgen jener That billigen wird. Der Kapitän Wilkes verdiente diese Anerkennung nicht allein als Belohnung für die That selbst, sondern auch für seine öffentliche Erklärung, daß er diese That in eigener Machtvollkommenheit gethan. Vielleicht darf man (und ich gestehe, daß mir diese Ansicht einzelner Amerikaner, denen ich sie entnehme, nicht unrichtig zu sein scheint) dieses Dankvotum des Kongresses als erste Einleitung zu einer friedlichen Ausgleichung ansehen, insofern, als der Kongreß der Popularität des Kapitäns, welche er durch die Gefangennahme erlangt, eine Genugthuung schuldig war, ehe er die Resultate der That fallen lassen wollte. Nach den englischen Blättern zu urtheilen, hat dort die Votschaft einen entschieden schlechten Eindruck gemacht, und man sieht namentlich die schleunige Bewilligung der anzulegenden Befestigungen an den Ufern der Flüsse und den Küsten des Meeres als ein Zeichen an, daß man jenseits des Ozeans den Kampf wolle. Die Engländer ihrerseits handeln nicht anders; sie fordern die Kapitäne der Handelsmarine auf, in die Kriegesflotte zu treten, ertheilen den Schiffen die Weisung, die Wahrscheinlichkeit des Krieges mit Amerika bekannt zu machen u. s. w. Man wird indessen wohlthun, wenn man in allen diesen Zurüstungen nur Vorsichtsmaßregeln sieht, welche durchaus nicht auf die Unterhandlungen störend einwirken können. Ueber den Gang der Unterhandlungen befinden wir uns wieder in einer beklagenswerthen Ungewißheit. Trotz den Versicherungen des „Moniteur“ gilt die Reise des Generals Scott als ein Versuch, die Amerikaner zu beeinflussen; die Freilassung der Gefangenen und die Aufhebung der über die südlichen Häfen verhängten Blockade werden auch heute noch von gut unterrichteter Seite als die Vorschläge der französischen Regierung angesehen. Wenn ich indessen glaube, daß man in Washington nicht abgeneigt ist, über den ersten Vorschlag zu unterhandeln, so erscheint es hingegen doch kaum denkbar, daß die Vereinigten Staaten gleichgültig in die Ernennung des Sonderbundes willigen sollten; und der Argwohn, daß die französische Regierung nicht ohne Absicht beide Fragen zusammenwirft, um jede feindliche Lösung unmöglich zu machen, erscheint in der That nicht unbegründet. Bei dieser Gelegenheit bemerke ich gegen die Behauptung, daß Frankreich nicht unaufgefordert die Vermittelung übernehmen könne, daß dieselbe auf einer falschen Grundlage beruht. Die französische Regierung ist vollständig berechtigt, auf beiden Seiten eine rathende Stimme hören zu lassen, und es ist vielleicht bezeichnend, daß gerade der „Sicile“ diese Ansicht im Gegensatz zu den offiziellen Blättern vertritt. Diese Ansicht eigentlich dazu, durch die Verschiedenheit in ihren Nachrichten und Anschauungen die öffentliche Meinung irre zu führen, während das Blatt des Herrn Gavin den Willen der Regierung klarer erörtert, da er für die große Menge schreibt, welcher die Dinge einfacher auseinandergelegt wer-

den müssen. — Das Dekret, welches Fould zur Seite des ganzen Ministeriums macht, da es bei jeder Verfügung, welche das Budget betrifft, sein Gutachten verlangt, ließ eine entschiedene Ministerkrise befürchten. Vorläufig haben sich die Völkern wieder verzogen, allein nur auf kurze Zeit, da es nicht möglich ist, daß die jetzige Theilung der Gewalt fortbestehen kann, ohne zu neuen Reibungen zu führen. Man wollte wissen, daß der Herzog von Grammont zum Minister der auswärtigen Angelegenheiten bestimmt sei und Throuvenel nach Petersburg ginge. Beide Nachrichten sind ohne Begründung; namentlich wäre die Ernennung des Herzogs von Grammont im entschiedensten Widerspruch mit der politischen Richtung Foulds.

[Amerikanische Angelegenheit.] Nach einer Privatdepesche, welche der „Presse“ aus New York zugegangen ist, haben der Senat und das Repräsentantenhaus von Washington einstimmig beschlossen, die südstaatlichen Kommissare als gute Priester zu betrachten und England keine Genugthuung zu bewilligen. — Die „Patrie“ enthält die Mittheilung, daß die englische Regierung an Lord Lyons den Befehl gesandt hat, im Fall Präsident Lincoln nicht auf die Reklamationen Lord John Russells eingeht, sofort Amerika zu verlassen und sich auf einer englischen Fregatte einzuschiffen. — Der „Constitutionnel“ bringt nachstehenden, von Dr. Véron unterzeichneten Artikel: General Scott ist nach Amerika zurückgekehrt. Ein so plötzlicher Entschluß, gerade in dem Augenblicke, wo der ehemalige Oberkommandant der Unionsarmee kaum in Frankreich angekommen war, kann nicht ohne Grund und Zweck sein. Kann man aber Alles darin finden, was gewisse Journale darin zu suchen beliebt? Ist es wahrscheinlich, daß General Scott mit dem Auftrage, dem Präsidenten Lincoln die Vermittelung Frankreichs anzubieten, Paris verlassen hat? Diese Voraussetzungen entbehren, wie wir behaupten zu können glauben, jeder Begründung. Der General war der Ansicht, daß die Autorität seines Namens in einem so ersten Augenblicke seinem Lande nützlich sein könne, und indem er nur der Stimme seines Patriotismus Gehör schenkt, überbringt er der Bundesregierung seinen Rath und seine moralische Unterstützung. Man darf für diesen seinen Entschluß keinen andern Beweggrund suchen; indem man einem so ehrenwerthen Verhalten Anerkennung zu Theil werden läßt, ziemt es sich, jede Idee einer gemeinschaftlichen mit dem französischen Kabinett getroffenen politischen Kombination von sich zu weisen. Eine Thatsache entbindet übrigens jeder weiteren Bemerkung. General Scott ist nämlich, während seines kurzen Aufenthalts in Paris, in keine Beziehung zu irgend einem Mitgliede der kaiserlichen Regierung getreten. Wäre außerdem Frankreich ermächtigt, eine Vermittelungsrolle in dieser Differenz zu spielen, und gehört diese Differenz selbst zu denjenigen, die in den Erklärungen des Pariser Kongresses vom 14. April 1856 vorgegeben sind? Wir denken es nicht. Indem sie den Wunsch ausdrücken, die Staaten möchten, im Falle einer ernstlichen Mißbilligung, die guten Dienste einer befreundeten Macht anrufen, ehe sie zu den Waffen greifen, hatten die Bevollmächtigten besonders die streitigen Fragen im Auge, die eine zur richtigen Zeit vorgeschlagene Transaktion immer beilegen kann. Dies ist aber nicht der Fall bei dem von der englischen Regierung an die Vereinigten Staaten gerichteten Genugthuungsverlangen. Der Rechtspunkt, so wichtig er auch sein möge, ist untergeordneter Natur; was England in der Befolgung der Südgasenden von Bord des „Trent“ gesehen hat, das ist die seiner Flagge zugefügte Verletzung, die mehr oder weniger überlegte Beleidigung, und Fragen der Würde regeln sich nicht auf dem Wege der Vermittelung. Es hieße also dem Wunsche des Pariser Kongresses eine irrige Auslegung geben, wollte man es ihr als anwendbar auf die Streitfrage ansehen, die gegenwärtig wegen der Gefangennahme der Herren Mason und Steidl sich zwischen England und den Vereinigten Staaten erhoben hat. — Man glaubt in Paris an die strikte Neutralität Frankreichs. Dasselbe würde jedoch nicht erlangen, an den Vortheilen sich zu betheiligen, die durch eine Aufhebung der Blockade und die Wiedereröffnung der Baumwollenhäfen sich ergeben würden. — Das „Journal des Débats“ untersucht, welchen Ausgang wohl ein Seekrieg zwischen England und Amerika nehmen könne, und gelangt zu dem Schlusse, daß die englische Flotte vermittlest ihrer überlegenen Dampfkraft unbedingt und vollständig das Uebergewicht über die Kriegsschiffe und die Kaper der Nordstaaten erlangen müsse.

[Der Zustand der französischen Finanzen.] Der „Courrier du Dimanche“ bringt aus der Feder des bekannten Statistikers Horn eine sehr interessante Darstellung der heutigen Finanzlage Frankreichs, verbunden mit einer eingehenden Kritik des Fouldschen Memorandums. Wir entnehmen diesem Artikel Folgendes: Die Rückkehr zu einem sparsamen Budget ist sicherlich keine Kleinigkeit, selbst für einen so festen Willen und eine so bedeutende Intelligenz, wie sie die öffentliche Meinung mit einer seltenen und schmeichelfähigen Einstimmigkeit dem neuen Finanzminister zuerkennt. Die Vergangenheit lastet schwer auf den Plänen für die Zukunft. Die Finanzwirtschaft der letzten zehn Jahre hat uns zwei schwere Lasten aufgebürdet, von denen die eine schwerlich zu vermindern, die andere aber ganz dazu geeignet ist, sich in einen permanenten Zuwachs der budgetmäßigen Ausgaben zu verwandeln. Wir meinen die konsolidirte und die schwappende Schuld. Folgendes ist der Gang dieser Schulden in der Zeit von 1851 — 1861:

Jahr.	Konsolidirte Schuld.		Schwappende Schuld.	
	Kapital.	Jährliche Zinsen.	Kapital.	Jährliche Zinsen.
1851	5,345,637,360	233,440,981	592,406,316	—
1852	5,516,194,600	239,304,527	614,980,561	—
1853	5,577,604,587	219,929,486	802,164,379	—
1854	5,669,655,012	222,686,243	754,174,328	—
1855	6,082,877,853	236,442,772	881,849,378	—
1856	7,558,040,822	284,668,525	785,568,093	—
1857	8,031,932,466	299,039,242	895,821,625	—
1858	8,422,096,778	310,880,953	860,784,906	—
1859	8,593,238,155	315,993,646	847,119,142	—
1860	9,334,012,005	346,168,645	921,694,275	—

Diese Nachweisung macht jeden Kommentar entbehrlich, indeß dürfen zu diesen offiziellen Zahlen noch beträchtliche Summen hinzutreten, die seit dem 1. Januar 1860 entstanden sind. Namentlich ist die konsolidirte Staatsschuld durch die 132 Millionen dreißigjährige Obligationen, sowie durch etwa 40 Millionen vermehrt worden, welche der Amortisationskasse innerhalb dieser zwei Jahre gehören. Alles dies brachte die Schuld auf neun und eine halbe Milliarde, die Zinslast auf mehr als 350 Mill. Frs. Was die schwappende Schuld betrifft, so zweifelt gewiß Herr Fould selbst am wenigsten daran, daß dieselbe die allgemein angenommene Höhe von 1000 Millionen erreicht. Es wird Herrn Fould schwer werden, die Folgen eines Systems zu beilegen, dessen Hauptzüge er selbst stets gewiesen ist. Indes ist die öffentliche Meinung dem neuen Minister fordernd vorangetrieben, und man hofft, daß der gewandte Bankier, der so viele Millionen für sich zu erwerben suchte, auch den leeren Staatsschatz wieder wird anzufüllen verstehen. Uebrigens scheint Herr Fould einen guten Theil des Heiles von der Börse zu erwarten, denn er widmet diesem Institute eine große Aufmerksamkeit. Ob aber der Finanznoth Frankreichs mit Börsenmanövern geholfen werden kann, ist eine andere Frage, die der Erfolg schon einmal entschieden hat.

Paris, 19. Dez. [Telegr.] Gestern Abend starb hier der preussische Gesandte Graf Pourtalès. (S. ob. unsere Berliner Corr. D. Red.) — Das Bulletin des „Moniteur“ dementirt kategorisch die Gerüchte über ministerielle Modifikationen.

Belgien.

Brüssel, 17. Dezember. [Der König; die Kammern.] König Leopold ist nach London abgereist, um der verwitweten Königin Victoria seinen väterlichen Trost zu bringen. — Die Kammer, welche gestern nicht in stimmungsfähiger Anzahl versammelt war, hat heute ihre Arbeiten wieder aufgenommen und eine ganze Reihe von Gesetzesentwürfen, darunter den neuen Handelsvertrag mit der Türkei und das Budget der Mittel und Wege, genehmigt. Bei Gelegenheit der letzteren Diskussion wurde, wie alljährlich, die Salzsteuer mit großer Energie von Herrn De Raeyer angegriffen und mit gleicher Energie durch den Finanzminister vertheidigt. — Der Senat ist auf den 26. d. einberufen worden, um den Handelsvertrag mit der Pforte zu genehmigen. (R. Z.)

Italien.

Turin, 15. Dezbr. [Veränderungen im Ministerium.] Wie ich heute vernehme, hätte sich Ricasoli jetzt entschlossen, Rattazzi in das Kabinett zu berufen. Die Schwierigkeiten, die auf einer andern Seite hervortraten, und die Nothwendigkeit, sich auf eine große Majorität zu stützen, hätten den Ministerpräsidenten von seiner früheren Anschauungsweise zurückgebracht. Als Rattazzi nach seiner Rückkehr aus Paris Ricasoli seine Mitwirkung anbot, erklärte ihm dieser offen, er könne Angesichts der Sprache der französischen Journale von dem Anerbieten keinen Gebrauch machen, weil man sonst ohne Zweifel einen fremden Einfluß vermuthen würde; wenn jedoch der Präsident der Kammer es für möglich halte, selbst ein Kabinett zu bilden, so werde er ihm loyale Mitwirkung bieten. Seitdem hat Ricasoli sich bekanntlich an Ranza und ganz kürzlich an San Martino gewandt. Die Hindernisse aber, die er gefunden und die er als nahe voraussetzt, hatten nun seine Ansichten über den Eintritt Rattazzi's geändert. Wenn sich diese Nachricht bestätigt und wenn Rattazzi seinerseits jetzt keine Schwierigkeiten macht, so würde das Kabinett jedenfalls auch noch andere Modifikationen erleiden. Namentlich ist der Gegensatz, der zwischen Rattazzi und Veruzzi besteht, zu groß, als daß beide neben einander geben könnten. Das Portefeuille der öffentlichen Arbeiten würde alsdann einem Freunde Rattazzi's übertragen werden, wie man wissen will, dem Abgeordneten Depretis. (R. Z.)

[Zagesnotizen.] Die „Opinion Nationale“ meldet, daß alle Offiziere der Südmaree Befehl erhalten haben, bis auf neue Weisung ihr Domizil nicht zu verlassen; auch seien alle Beurlaubungen auf Zeit suspendirt worden. — Der „Corriere Siciliano“ vom 2. Dezember berichtet ausführlich über die Wegnahme von vier Karren, die auf der Fahrt ins Innere zu Mafimieri angehalten wurden. Diese Karren waren mit Pulver, Patronen, Revolvern, Karabinern, Pistolen und anderen Waffen beladen. Die Fuhrleute machten wichtige Aussagen.

Turin, 18. Dezbr. [Telegr.] Man meldet aus Neapel, daß die Bande Cipriani's in Cervinara eingebrochen ist und dort die Magazine geplündert, die Gefangnisse geöffnet und sieben Gefangene in Freiheit gesetzt hat. — Vom Vesuv werden unter dem 14. d. neue Stöße gemeldet; die Krater spieen bis 8 Uhr Morgens noch viel Rauch und Asche aus. Die Instrumente waren in anormalen Zustände. — Der „Corriere mercantile“ konstatiert eine vollständige Spaltung zwischen Garibaldi und der Majorität des Genueser Komitès, welches dessen höhere Autorität nicht anerkennt.

Russland und Polen.

Warschau, 17. Dez. [Aufwiegelung der Bauern; die kirchlichen Demonstrationen; Personalien etc.] Daß die Veruche zu Aufwiegelungen, namentlich jetzt der Bauern, noch immer Fortgang haben, beweisen dieser Tage in Droschken aufgefunden große Plakate, worin die Bauern aufgefordert werden, sich der heiligen Befreiungssache Polens vom Joch der Tyrannen, so wie es ihre Väter zu Kosciuszko's Zeiten gethan, anzuschließen, und ihren Unterdrückern, den Russen, auf alle Arten Schwierigkeiten zu bereiten. Dagegen macht hier, so wie in Galizien der Hirtenbrief des Erzbischofs von Lemberg Wierzechlewski und seiner Suffragane, der Bischöfe von Przemyśl und Tarnow, wegen der kirchlich-politischen Manifestationen und Gefänge viel Aufsehen, und wird auch hier nicht ohne beruhigenden Erfolg bleiben. Diese drei Bischöfe verurtheilen entschieden diese von der katholischen Kirche nicht zu billigenden Mittel der Aufregung, und drohen den Geistlichen, die ferner dergleichen dulden würden, mit strengen Strafen. Mehrmalige Gegenvorstellungen von Deputationen haben nicht vermocht, den Erzbischof zur Zurücknahme dieser Verbote, auch des Singens der politischen Lieder, (bei denen auch das Lied „Boże coś Polskę“ genannt ist), zu bestimmen, und wegen des Singens insbesondere erwiderte der Erzbischof ironisch: „Ein Polen lasse sich nicht ersingen.“ — Der neu ernannte General-Kriegsgouverneur von Warschau, Generalleutnant v. Krzyzanowski, zugleich Stellvertreter des Statthalters, ist zur Uebernahme seines Amtes von Petersburg hier eingetroffen. — Geheimrath v. Rozaczowski, welcher zum Präses der Untersuchungskommission in der Zitadelle ernannt war, ist wieder zurückgetreten. Man sagt, die Polen hätten viel Sympathien für ihn gehabt. General Rosznow hat diese Stelle wieder eingenommen. — Der Eröffnung der Basilianerkirche soll auf Befehl der Regierung die Deffnung der ebenfalls nicht direkt unter der erzbischöflichen Verwaltung stehenden Klosterkirchen folgen. (Dff. Z.)

Schweden und Norwegen.

Christiania, 11. Dezember. [Kabinettskrise.] Die Staatsräthe Birch-Reichenwaldt und Mosfeldt haben heute ihre Abschiedsgeluche eingereicht; die übrigen Staatsrathmitglieder, mit Ausnahme von Peterßen, bleiben auf ihren Plätzen. Stang hat definitiv versprochen, ins Kabinett einzutreten, Amtmann All hat sich dagegen geweigert, den ihm angetragenen Staatsrathsposten anzunehmen. Man vermuthet, daß Sibbern sein Amt als norwegischer Staatsminister wieder übernehmen werde. Man nimmt an, daß die Krisis am nächsten Montag zum Schlusse gebracht werden wird. Kommandeur Haffner wird wahrscheinlich Marineminister. Der König kehrt nächsten Dienstag nach Stockholm zurück.

Türkei.

Konstantinopel, 7. Dez. [Ruschi Dschaja; Militärgesetzbuch; Erparung; aus Damaskus.] Der von seiner Reise nach West-Europa zurückgekehrte Seraskier Mehmed Ruschi Dschaja wurde am 3. d. vom

Sultan empfangen, der ihm persönlich die Dekoration des Osmanin-Ordens überreichte. — Das auf Mehmed Ali Pascha's Veranlassung ausgearbeitete Militär-Gesetzbuch ist bereits dem Sultan zur Sanction vorgelegt. — Während seiner kurzen Verwaltung des Serrafersats soll es dem genannten Würdenträger gelungen sein, bei den Ausgaben dieses Departements nicht weniger als 25 Millionen Piaster in Ersparung zu bringen. — Aus Damas aus vom 20. November wird gemeldet, daß die dortigen Christen sich von den Folgen der über sie hereinbrochenen traurigen Ereignisse nach und nach erholen. Ein großer Theil der Entschädigungsgelder wurde ihnen bereits ausbezahlt und sie verwenden denselben meistens als Handelskapital.

Amerika.

Newyork, 3. Dez. [Der Kongreß und die Sklaverei; Bakunin.] Gestern wurde die erste regelmäßige Sitzung des 37. Kongresses eröffnet. Da der Präsident seine Botschaft erst heute Mittags einzusenden versprach, so konnten selbstredend nur einige vorbereitende Geschäfte erledigt werden; indessen zeigt selbst der Ton der kurzen gestrigen Verhandlungen deutlich an, daß die Frage, welche während des letzten Menschenalters den Angelpunkt der hiesigen Politik bildete, daß die Sklaverei dieses Mal mehr wie je im Vordergrund steht und wieder neue Parteibildungen und neue Lösungen bedingen wird. Es wurden nämlich gestern nicht weniger als drei Emanzipations-Bills im Hause eingebracht. Zunächst schlug Elliot von Massachusetts vor, daß alle Personen, welche als Sklaven gehalten werden, in irgend einem gegen die nationale Regierung im Aufstande befindlichen Distrikte emanzipiert werden sollen, und daß man dem Präsidenten, als Oberbefehlshaber der Armee, rathen möge, eine solche Emanzipations-Ordnung sofort zu erlassen, um die Macht der bewaffneten Gegner zu schwächen oder die militärische Gewalt der loyalen Streitkräfte zu stärken. Der Antrag, diese Resolution auf den Tisch zu legen, wurde mit 70 gegen 56 Stimmen verworfen. Campbell von Pennsylvania brachte dann den Antrag ein, daß der Kongreß, wenn er Gesetze gebe, um der gegenwärtigen Rebellion zu begegnen, das sämmtliche Eigenthum der Rebellen, die Sklaven eingeschlossen, konfiszieren solle, und verlangte die Debatte über diesen Antrag auf den 10. Dezember festgesetzt. Am weitesten aber ging Stevens von Pennsylvania, der folgende Resolution zur künftigen Inbetrachtung unterbreitete. „Da“, sagte er, „die Sklaverei die Ursache des Aufstandes ist und da kein Friede herrschen kann, bis der Grund des Uebels aus dem Wege geräumt ist, so wird der Präsident ersucht, alle Sklaven für frei zu erklären, welche zu uns übergehen und uns helfen, die Rebellion niederzuwerfen, dagegen aber den loyalen Eigenthümern von Sklaven Gelas ihres pekuniären Verlustes zuzuschreiben.“ Also der Ball ist im Rollen und selbst die möglichst konservative Haltung des Präsidenten vermag nicht, ihn in seinem Laufe aufzuhalten. Im Kabinette herrscht in der Sklavensfrage Widerspruch: Cameron, Chase und Welles repräsentieren die progressive, Seward, Bates und Smith die konservative Seite der Frage; ja, der Widerspruch und die Feindseligkeit zwischen beiden Fraktionen geht so weit, daß sie einander öffentlich bekämpfen, wie jüngst z. B. der Minister des Innern Smith den Kriegsminister Cameron. Dieser und seine Freunde raisonniren einfach, daß, da einmal durch die unabänderliche Entwicklung der Ereignisse die ganze Angelegenheit der Regierung zur Entscheidung aufgezwungen sei, man also auch eine bestimmte Politik verfolgen müsse, daß, wenn der Zweck des Krieges die rücksichtslose Niederwerfung der Rebellen sei, man auch nicht vor den Mitteln zur Durchführung dieses Zweckes zurückschrecken dürfe, und daß die natürlichste Konsequenz zur Konfiskation und bestmögliche Verwendung des 7000 Millionen werthen Sklaven- und Plantageneigenthums führe. Diese Politik werde bedingt nicht allein durch die militärische Nothwendigkeit, da nur die Sklaverei den südlichen Rebellen die Führung des Krieges möglich mache, sondern auch durch die Gesetze der Billigkeit, da die loyalen Bürger mit feindlichem Eigenthum für die Kosten des Krieges entschädigt werden könnten. — Bakunin ist seit drei Wochen hier, war eine Woche in Boston, wo er von Agassiz und der dortigen literarischen Mutual self admiration society sehr geehrt wurde, und geht morgen auf einige Tage nach Washington, um dann zunächst nach London zu seinem Landsmann und alten Freunde Alexander Herzen zu reisen. (R. 3.)

Newyork, 4. Dezbr. [Die Präsidenten-Botschaft.] Es liegt vorerst ein Auszug der Präsidenten-Botschaft vor, die wir zur Ergänzung unserer Depesche in Nr. 294 hier noch folgen lassen. Auch scheint das, was sie über die auswärtige Politik sagt, in demselben wortgetreu wiedergegeben zu sein. Die betreffenden Stellen lauten: „Es wird Sie nicht überraschen, zu vernehmen, daß in diesen ungewöhnlichen Zeitverhältnissen unsere Beziehungen zum Auslande, zumal wo sie unsere heimischen Angelegenheiten berühren, mit tiefer Besorglichkeit verknüpft waren. Eine Nation, die durch Parteilungen und Spaltungen im Innern heimge sucht ist, hat im Auslande Mangel an Achtung zu gewärtigen, und eine der beiden Parteien, oder auch beide, ruft früher oder später ganz gewiß die Dazwischenkunft des Auslandes an. Die illoyalen Bürger der Vereinigten Staaten, die den Ruin unseres Landes als Entgelt für die Hülfe und Unterstützung des Auslandes anboten, haben weniger Aufmunterung und Gönnerschaft empfangen, als sie muthmaßlich erwarteten. Die Insurgenten scheinen von der Voraussetzung ausgegangen zu sein, daß fremde Nationen im gegenwärtigen Falle (mit Hintenansehung aller moralischen, sozialen und traktatlichen Verpflichtungen) aus Selbstsucht lediglich für die möglichst rasche Wiederherstellung des Verkehrs, namentlich wo es sich um die Baumwollenbeschaffung handelt, eintreten werden. Doch scheinen jene Nationen bis jetzt noch nicht zu der Erkenntniß gelangt zu sein, daß sich dieses Ziel rascher und unzweifelhafter durch die Vernichtung, als durch die Einmunterung der Insurrektion erreichen lasse. Vielmehr bin ich überzeugt, daß sich ihnen durch andere Gründe beweisen ließe, um wie viel rascher und leichter ihr Ziel durch Unterdrückung dieser Rebellion als durch deren Förderung erreichen ließe. Der Haupthebel, auf den sich die Insurgenten stützen, wenn es sich darum handelt, fremde Nationen zu Feindseligkeiten gegen uns aufzustacheln, ist die Hemmung des Verkehrs. Doch haben diese Nationen wahrscheinlich von Anfang an eingesehen, daß unter heimischen, sowohl, wie unser auswärtiges Geschäft von der Union gemacht wurde, so kann ihnen kaum entgangen sein, daß die gegenwärtigen Hemmnisse den Trennungsbefrebungen ihren Ursprung verdanken, und daß eine starke Nation einen dauerhafteren Frieden und einen ausgebeuteteren, werthvolleren und zuverlässigeren Verkehr in Aussicht stellt, als wenn dieselbe Nation in feindliche Bruchstücke zer schlagen ist. Es liegt nicht in meiner Absicht, hier einen Ueberblick unserer mit fremden Staaten gepflogenen Erörterungen zu geben; denn was immer ihre Wünsche und Reigungen sein mögen, die

Integrität unseres Landes und die Stabilität unserer Regierung hängen in der Hauptsache nicht von ihnen ab, sondern von der Loyalität, Zuegung, Vaterlandsliebe und Bürgertreue des amerikanischen Volkes. Insofern jedoch, als es feststeht, daß heimische Schwierigkeiten nothwendigerweise mit auswärtigen Gefahren verknüpft sind, empfehle ich entsprechende und ausreichende Maßregeln zur Aufrechterhaltung unserer Verteidigungswerke auf allen Punkten und zur Vertheidigung unserer Seelüste.“ Im weiteren Verlaufe der Botschaft, die sehr gemessen zu sein scheint und die Trent-Affaire mit keiner Sylbe erwähnt, empfiehlt der Präsident, daß das durch den Unions-Kriegsdampfer „Massachusetts“ in Folge eines Mißverständnisses festgehaltene britische Fahrzeug „Perthshire“ eine entsprechende Entschädigung erhalte. Er empfiehlt ferner, den Kommandanten von Segelschiffen die Ermächtigung zu ertheilen, alle von Piraten weggenommenen Schiffe und Kargos der Vereinigten Staaten wieder abzugeben, und den Konsuln im Orient Befugniß zu ertheilen, derartige Fälle, aber nur mit Genehmigung der Lokalbehörden, abzuurtheilen. Der Präsident sieht keinen Grund, den Staaten Hayti und Liberia fernerhin die Anerkennung ihrer Unabhängigkeit vorzuenthalten. Er ermahnt den Kongreß dringend an die Wiedereröffnung der obersten Gerichtshöfe und die Annahme eines Systems behufs Eintreibung von Schulden solcher nordstaatlichen Gläubiger, die in den insurgirten Distrikten, wo die Zivilgerichte unterdrückt worden waren, nicht zu ihrem Rechte gelangen konnten. Er empfiehlt die Wiederherstellung der ursprünglichen Grenzen des Distrikts von Kolumbia, mit Einschluß des auf der virginischen Seite des Potomac gelegenen Gebiets und bemerkt dazu, „die Bemühungen der Regierung für die Unterdrückung des Sklavenhandels sind in der letzten Zeit von ungewöhnlichem Erfolge begleitet gewesen.“ „Kraft der Konfiskationsakte“, fährt er fort, „sind die geselligen Ansprüche gewisser Personen auf Sklaven verwickelt, und eine große Anzahl dergestalt Freigewordener hängen von der Unionsregierung ab, und benötigen ihren Schutz, denn es ist möglich, daß gleiche Verordnungen auch von Einzelstaaten erlassen werden, wodurch Personen dieser Klasse zu ihrer Verfügung gestellt sein werden. Ich möchte dem Kongresse empfehlen, dafür Sorge zu tragen, von solchen Staaten Sklaven zu einer gewissen Abhängigkeitsumme annehmen zu können, um sie dann vollkommen frei zu erklären. Später könnten Schritte gethan werden, um solche Sklaven nach einem ihnen zuzulagenden Klima als Kolonisten zu verpflanzen. In eine derartige Kolonisation könnten die freien farbigen Amerika's einbezogen werden. Durch diesen Kolonisationsplan dürfte eine Gebietserwerbung und außer den hierzu nöthigen Fonds noch andere Geldverwendungen bedingt sein.“ In Betreff der bisherigen Kriegführung sagt die Botschaft: „Bisher wickelten sich die Ereignisse offenbar in günstiger Weise ab. Maryland, Kentucky und Missouri, welche keine Truppen liefern wollten, haben jetzt 40,000 Mann im Felde stehen. Nördlich vom Potomac oder östlich vom Chesapeake giebt es keinen bewaffneten Aufstand mehr. Die Union rückt stetig gen Süden vor.“ „Der jetzige Aufstand ist ein Kampf gegen die ersten Grundsätze einer vollständigen Regierung und der Rechte des Volkes. Die Insurgenten spielen selbst auf eine Monarchie an.“ In dieser Beziehung bemerkt der Präsident, er halte es an der Zeit, vor despotischen Tendenzen zu warnen. Der Kampf gelte nicht bloß dem Augenblicke, sondern späteren Zeiten. — Der „Newyork Herald“ meint, die Botschaft werde der beste politische Leitfaden für den Kongreß sein. „Tribune“ lobt die maßvolle Haltung des Altentwürfs. Während die Botschaft den Trent-Kasus keiner Bemerkung würdigte, hat bekanntlich der Kongreß gleich bei seiner Eröffnung dem Kommandeur Wilkes den Dank des Landes votirt. Auch die Admiralität billigte mit Nachdruck dessen Verfahren, an dem sie nur das Eine tadelte, daß er nicht den „Trent“ als Prise wegführte. Sonst schweigen die Journale über den streitigen Fall.

[Aus dem Kongreß.] Gleichzeitig mit der Botschaft wurden dem Kongresse die verschiedenen Berichte der Staatssekretäre vorgelegt. Wir erwähnen, daß dem des Kriegesekretärs zufolge die Unionsarmee dermalen aus 660,371 Mann besteht, davon 24334 reguläre Truppen (568,383 Infanterie, 59,398 Kavallerie, 24,688 Artillerie, 8395 Scharfschützen und 107 Ingenieure). — Die Botschaft wurde mit tiefem, anständigen Schweigen angehört und nach Beendigung derselben vertagte sich das Haus. Die Galerien waren voller als gewöhnlich, und auch sonst die Theilnahme eine merklich lebhaftere. Von den Senatoren waren allerdings nicht mehr denn 35 oder 37 anwesend, dafür war die republikanische Partei desto zahlreicher vertreten. Der Antrag auf ein Dankesvotum für Kapitän Wilkes war von Lovejoy aus Illinois (Republikaner) ausgegangen; Egertons (Republikaner aus Ohio) Gegenantrag, der Präsident möge ihm eine entsprechende Denkmünze überreichen, war verworfen worden.

[Mason und Elidel] werden auf Antrag des Herrn Gossar (aus Indiana) in der für überführte Verbrecher bestimmten Kerkerzelle eingesperrt werden, als Vergeltung dafür, daß die föderalistischen Obersten Corcoran und Wood in Richmond dasselbe zu erdulden haben. Letztere wurden bekanntlich mit Anderen so behandelt, weil die gefangenen Kapernmannschaften des Südens vom Norden als Piraten angesehen werden.

Polales und Provinzielles.

Posen, 19. Dez. [Stadtverordnetenversammlung.] Beim Beginn der gestrigen Sitzung der Stadtverordneten theilte der Vorsitzende mit, daß ein Schreiben des Kommandanten an den Magistrat eingegangen sei, in welchem derselbe, den Wünschen der Kommunalbehörden in Betreff der Benutzung des Wilhelmplatzes zu militärischen Zwecken nachzukommen sich bereit erklärt. Bei Benutzung des Platzes zu militärischen Exercitien würde sich die Militärbehörde künftighin mit dem Magistrat vorher ins Einvernehmen setzen, und die Paraden sollten von jetzt ab innerhalb der Baumreihen stattfinden, so daß das Publikum dadurch nicht an der Promenade unter den Bäumen gehindert wird. Schließlich spricht der Kommandant die Hoffnung auf ein fortdauerndes gutes Einvernehmen zwischen Militär und Zivil aus. — Auf das Grundstück Nr. 82b auf St. Martin wurde von der Versammlung ein Darlehn von 4000 Thlrn. aus der Armenkassa unter den von der Finanzkommission vorgeschlagenen Bedingungen bewilligt. — Die Versammlung schritt hierauf zur Feststellung der Stats der Kämmererkasse und sämmtlicher übrigen Kommunalfonds für das Jahr 1862, nachdem die betreffenden Vorlagen des Magistrats bereits

in den Kommissionen geprüft worden sind. Die Ausgaben für die städtische Verwaltung stellen sich hiernach für das Jahr 1862 auf 114,637 Thlr., und müssen davon wiederum, wie in diesem Jahre, 36,000 Thlr. aus der Einkommensteuer gedeckt werden, so daß auch im nächsten Jahre, falls keine besonderen Verhältnisse eintreten, die Rate für das 4. Quartal nicht erhoben wird. — Bei dem Etat der Realschule war von der vorgelegten Behörde die Feststellung desselben auf 3 Jahre verlangt worden, die Versammlung glaubte aber hierauf nicht eingehen zu können, da die Kontrolle hierdurch wesentlich erschwert würde. — Um den Uebelstand der Ueberfüllung der Elementarschulen zu beseitigen, ist Seitens des Magistrats ein Plan entworfen, nach welchem die unteren Klassen, die namentlich überfüllt sind, getheilt werden sollen, so daß die eine Hälfte der Schüler beispielsweise von 8—10 Uhr, die andere Hälfte von 10 bis 12 Uhr Vormittags Unterricht erhalte; ebenso würde der Nachmittagunterricht auf beide Abtheilungen gleichmäßig vertheilt werden. Der Magistrat beantragt die Zustimmung der Versammlung zu dieser Aenderung und die Bewilligung der hierdurch entstehenden Mehrausgaben. Die Schulkommission der Stadtverordneten hatte mancherlei Bedenken gegen die Zweckmäßigkeit dieser Einrichtung und machte den Vorschlag, dieselbe versuchsweise auf ein Jahr bei drei Klassen einzuführen. Die Versammlung entschied sich endlich für den Vorschlag, dieselbe wenigstens auf fünf Klassen auszu dehnen, und bewilligte die hierzu erforderlichen Mehrausgaben. Es ist gewiß sehr erfreulich, daß dem Schulwesen von unseren Kommunalbehörden seit einigen Jahren eine ganz besondere Aufmerksamkeit zugewendet wird, und die Bereitwilligkeit, mit welcher die hierzu erforderlichen, sehr bedeutenden Ausgaben bewilligt werden, ist sehr dankenswerth. Allerdings werden auch für die nächsten Jahre noch erhebliche Geldbewilligungen nöthig werden, wenn das gesteckte Ziel, für den unentgeltlichen Volksunterricht nach vollem Bedürfnis zu sorgen, erreicht werden soll. — Zu der Anlage einer Wasserleitung von der städtischen Röhreitung nach dem Grundstücke Nr. 183/36 an der Friedrichstraße für einen jährlichen Zins von 12 Thlrn. ertheilte die Versammlung ihre Genehmigung. Die Bedingungen sind dieselben, wie bei früheren derartigen Anlagen. — Von den Brotverkaufsstellen in der neuen Brothalle an der Hofstraße sind in dem angelegten Verpachtungstermine 13 Stellen nicht verpachtet worden und für die übrigen ist pro 1862 ein Gebot von in Summa 534 Thlrn. erfolgt. Die Versammlung gab zur Verpachtung dieser Stellen ihre Zustimmung. — In der Zinsablosungssache von den Grundstücken der Vorstadt Fischerei hat die königl. Generalkommission zu Ungunsten der Stadt dahin entschieden, daß dieselbe zur Erhebung dieses Zinses, der unter polnischer Herrschaft an den Starosten von Großpolen gezahlt wurde, nicht berechtigt gewesen sei. Die Versammlung beschloß, gegen diese Entscheidung an die höhere Instanz zu rekurriren. Aus städtischen Urkunden, die erst jetzt aufgefunden sind, ergibt sich über dies, daß dieser Zins bereits vor der preussischen Besitzergreifung an die Kommune gezahlt worden ist. — Ueber persönliche Angelegenheiten wurde unter Ausschluß der Öffentlichkeit verhandelt. — Anwesend waren die Stadtverordneten Schuch (Vorsitzender), Annus, B. H. Asch, R. Asch, Bielefeld, Breslauer, Dahle, Dönitz, Federt, Golezewski, Gize, Sal. Jasse, Sam. Jasse, Janowicz, Knorr, Löwinsohn, Lüpke, Magnusiewicz, Meisch, Meyer, Schimmelpfennig und Walther. — Der Magistrat war vertreten durch den Oberbürgermeister, Geh. Rath Naumann, die Stadträthe Au, Baarh, v. Chlebowski, Kramarkiewicz, Müller, v. Rosenstiel, Samter und den Stadtbaurath Wollenhaupt.

S Posen, 20. Dez. [Wohltätigkeitskonzert.] Die hiesige Freimaurerloge veranstaltet seit Jahren bekanntlich schon eine Weihnachtsbescherung für arme, fleißige und gestittete Kinder, und hat durch diese wohltätige Einrichtung schon so manche Kummerthäne getrocknet, so manche Sorge erleichtert, so manchen erbebenden Strahl der Freude in die Herzen und Hüften der Bedürftigen leuchten lassen. Daß sie die dazu erforderlichen, nicht unbedeutenden Mittel aufzubringen sucht durch Anregung der Theilnahme auch des größeren Publikums, das ebenfalls gern giebt und oft vielleicht nicht weiß, wo es mit segensreichem Erfolge geben soll, ist sicher vollkommen in der Ordnung. So ist denn auch diesmal wieder eine musikalische Abendunterhaltung arrangirt, deren Ertrag zu dem erwähnten Zwecke verwendet werden soll, und für welche, neben anderen musikalischen Kräften unserer Stadt auch die hiesige Liedertafel ihre Mitwirkung freundlich zugesagt hat. Morgen, Sonnabend, d. 21. d. Abends 7 Uhr, findet das Konzert im Saale der Loge statt, und wir glauben auch diesmal keine Fehlbite an unsern gern zum Wohlthun geneigten Publikum zu thun, wenn wir Namens der armen Kinder den herzlichsten Wunsch aussprechen, daß ein recht zahlreicher Besuch die Mühen der Veranstalter und der Mitwirkenden lohnen und die Hoffnungen der Bedürftigen erfüllen helfen werde!

Pönn, 19. Dez. [Markt; Statistisches; Feldmäuse.] Der Pferde- und Viehmarkt am Montage war nicht sehr zahlreich mit Pferden besetzt. Kurzweiliger mangelten gänzlich. Bei reger Kauflust trotz hoher Preise wurden viele Geschäfte abgeschlossen. Man zahlte für gute Altpferde 20—420 Thlr. und für Bauernpferde 25—60 Thlr. Der Auktions- und Hornviehmarkt nicht sehr belangreich, fettes Vieh und gute Milchkuhe, nach welchen große Nachfrage war, fehlten ganz. Auch hier wurde sehr viel und zu hohen Preisen verkauft. Ochsen 30—65 Thlr., Kühe 25—45 Thlr., Jungvieh 18—25 Thlr. pr. Stück. Die Zufuhren auf dem Getreidemarkt waren sehr bedeutend, und wurden bald geräumt. Es galt der Scheffel Weizen 3 Thlr. — 3 Thlr. 24 Sgr. Roggen 1 Thlr. 17½ Sgr. — 1½ Thlr., Hafer 25 Sgr., Erbsen 1½ Thlr., Buchweizen 1½ Thlr., Gerste 1½—1½½ Thlr. Kartoffeln 15 Sgr. — Die diesjährige Vollerzeugung im hiesigen Distrikte ergab 3085 männliche und 3204 weibliche Personen, zusammen 6289; dagegen im Jahre 1858: 2987 männliche und 3089 weibliche Personen, zusammen 6076; mithin in diesem Jahre mehr 211 Personen. — Der Schaden, den die Mäuse auf den Feldern verursachen, ist noch immer bedeutend; auf vielen Äckern sind ganze Flächen abgenagt und werden zum Frühjahr umgepflügt werden müssen. Dies Angelegte hat auch in Scheunen und Hobern dermaßen überhand genommen, daß eine Ausrottung nicht möglich ist.

r Wollstein, 19. Dez. [Hopfen.] Trozdem die Hopfenproduzenten jetzt ihre Waare zu den gedrückten Preisen willig abgeben möchten, zeigt sich nicht die geringste Kauflust. Nur hin und wieder werden unbedeutende Ränge von spekulativen Händlern zu 18—23 Thlr. pro Ztr. je nach Qualität abgeschlossen. Nach ungefähre Berechnung sind in den Hopfenstricken des hiesigen und Buler Kreises noch 10—12,000 Ztr. diesjähriger Waare auf Lager. Die Staubheit im Hopfengeschäft wirkt selbstredend auch nachtheilig auf alle übrigen Geschäftsbranchen und Klagen vieler Kaufleute über schlechte Weihnachtsgeschäfte sind an der Tagesordnung.